



Rechtsausschuss

42. Sitzung (öffentlicher Teil) ^{*)}

21. April 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung des Richtergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 1

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4797

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Gesetzentwurf

2 Für eine unabhängige Staatsanwaltschaft 1

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5111

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

^{*)} Nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/1196

3 Europäische Patentgerichtsbarkeit: Standort Düsseldorf stärken 3

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5128

Der Ausschuss kommt überein, über den Antrag in der Juli-Sitzung abschließend zu beraten.

4 Reform des Betreuungsrechts unterstützen und ehrenamtliche Betreuung stärken 3

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5147

5 Bericht des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen über die Prüfung der Ausgaben für die Entschädigung von Betreuern

Vorlage 13/2737

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in der Mai-Sitzung über den Antrag der Koalitionsfraktionen abschließend zu beraten.

6 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG -) 8

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und FDP
Drucksache 13/5182

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - federführende - Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

7 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern 8

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
Ausschussprotokoll 13/1138
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Der Gesetzentwurf wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

8 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4317 (Neudruck)
Entschließungsanträge
Drucksachen 13/5238 und 13/5245

Der Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

9 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4868

Einstimmig empfiehlt der - federführende - Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

10 Aktuelle Entwicklung im Kölner Müllprozess

10

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

11 Ermittlung gegen Mitarbeiter im Auswärtigen Amt wegen Visa-Affäre

16

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

12 „Gerichtsbunker“ des OLG Düsseldorf

19

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen und führt darüber eine Aussprache.

13 Verschiedenes

26

Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung des Vorsitzenden entgegen.

Rechtsausschuss

21.04.2004

42. Sitzung (öffentlicher Teil)

rt-ke

Peter Biesenbach (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion darüber nachdenken werde, zu diesem Thema eine Anhörung zu beantragen.

Der **Ausschuss** kommt überein, die mitberatenden Ausschüsse um die Mitberatung zu bitten, um in der Mai-Sitzung über den Antrag beschließen zu können.

6 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG -)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und FDP
Drucksache 13/5182

Vorsitzender Dr. Robert Orth sagt, der Gesetzentwurf der CDU- und FDP-Fraktion sei vom Landtag in seiner Sitzung am 25. März 2004 in erster Lesung beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden.

Frank Sichau (SPD) verweist auf seine Ausführungen im Plenum und teilt mit, dass seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen werde.

Jan Söffing (FDP) führt aus, das bisherige Beratungsverfahren habe gezeigt, dass zunächst alle Fraktionen und der Minister den Gesetzentwurf unterstützt hätten. Anschließend sei jedoch die Grüne-Fraktion ohne stichhaltige Argumente ausgesichert. Insofern gebe es keine weitere Diskussionsgrundlage mehr. Nichtsdestotrotz bitte er um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

7 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
Ausschussprotokoll 13/1138

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, dass zu diesem Thema auch ein Gesetzentwurf aller Fraktionen vorliege, der allerdings nicht Gegenstand der heutigen Beratungen sei.

Frank Sichau (SPD) plädiert dafür, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. - **Peter Biesenbach (CDU)** ist damit einverstanden.

Rechtsausschuss

21.04.2004

42. Sitzung (öffentlicher Teil)

rt-ke

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig:

Der Gesetzentwurf wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

8 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4317 (Neudruck)

Entschließungsanträge

Drucksachen 13/5238 und 13/5245

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Antrag der CDU-Fraktion sowie die beiden Entschließungsanträge seien vom Landtag in seiner Sitzung am 25. März 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Peter Biesenbach (CDU) regt an, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. - Der **Ausschuss** kommt entsprechend überein.

9 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4868

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Landtag nach der ersten Lesung am 28. Januar 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Federführung sowie an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Im Rahmen der ersten Beratung im Rechtsausschuss am 11. März 2004 habe man sich darauf verständigt, abzuwarten, ob der federführende Innenausschuss eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchführe. Nach Rücksprache mit dem Ausschusssekretariat des Innenausschusses sei dies jedoch nicht beabsichtigt.

Frank Sichau (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen werde.

Jan Söffing (FDP) macht darauf aufmerksam, dass man bereits vor drei Jahren in diese Richtung hätte tätig werden können. Auch seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.